



Pressemitteilung des VdPP:

Industrie in die Pflicht nehmen

Liefer- und Versorgungsengpässe

Der VdPP erklärt zu den Arzneimittel-Lieferengpässen und der entbrannten Debatte dazu:

Lieferengpässe sind seit Jahren ein großes Versorgungsproblem. Die Politik wird diesem nicht annähernd gerecht, wenn sie die Lösung auf Industrieförderung zugunsten einer Produktion in Deutschland reduziert. Es ist geradezu absurd, dass die Hersteller, also die Hauptverantwortlichen für Versorgungsengpässe, nun mit Steuergeldern dafür belohnt werden, dass sie ihrem gesetzlichen Sicherstellungsauftrag (§ 52b Arzneimittelgesetz) nicht nachgekommen sind. Es ist eine neoliberale Hoffnung, die gleichen Konzerne würden bei der Produktion in Deutschland oder der EU nicht rationalisieren und Engpässe in Kauf nehmen, wenn sich dies eher rechnet als robuste Lieferketten.

Stattdessen ist ein Mix an Maßnahmen für die verschiedenen Ursachen erforderlich. Der VdPP fordert eine sanktionsbewehrtes Scharfstellen des Sicherstellungsauftrags für die Industrie und die Verpflichtung auf robuste Lieferketten und Herstellungspraxis. Notwendig ist eine Meldeverpflichtung auch für abzusehende Lieferengpässe unter Angabe von Ursachen. Bei selbstverschuldeten oder in Kauf genommenen Lieferengpässen muss der Hersteller den Patient:innen für gesundheitliche bzw. den Krankenkassen für finanzielle Nachteile Schadensersatz leisten.

Rabattverträge haben bei Nachahmerprodukten (Generika) den Bogen erheblich überspannt und zu einer Oligopolisierung geführt. Kostensenkung um jeden Preis stand hier bei den Krankenkassen im Mittelpunkt. Statt Krankenkassen als Einzelkämpfer beim Preisedrücken gegeneinander antreten zu lassen, braucht es gemeinsame Regeln, die das Interesse der Solidargemeinschaft an fairen Preisen und der Versorgungssicherheit miteinander austarieren. Einheitliche Festbeträge, die eine Produktion in der EU berücksichtigen, können hier weiterführen.

Die Überwachung muss endlich den internationalen Konzernstrukturen gerecht werden. Auf EU-Ebene, besser noch auf Basis eines internationalen Vertrags sollte eine gut ausgestattete Überwachungsstruktur aufgebaut werden.

Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten (VdPP)

Hamburg, 13. Februar 2023